



Interviews

28. September 2023

Manfred Weber (CSU), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament, im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: Mitgehört hat Manfred Weber. Er ist der Vorsitzende der christdemokratischen EVP-Partei und Fraktion im Europaparlament, stellvertretender CSU-Vorsitzender, und wir erreichen ihn in Kroatien bei einer Fraktionsklausur der EVP. Guten Morgen, Herr Weber!

Manfred Weber: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Was heute hier die Schlagzeilen dominiert, das Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz, Deutschland stimmt der Krisenverordnung als Teil des neuen Asylsystems zu. Gibt es von Ihnen Lob für den Bundeskanzler?

Weber: Ich freue mich, dass wir jetzt Klarheit aus Berlin haben, dass Faeser heute bei den Innenministern keine Blockade verkünden wird. Aber natürlich zeigt auch die Tatsache, dass der Bundeskanzler ein Machtwort sprechen muss, die Uneinigkeit auf Berliner Ebene. Im Beitrag vorher wurde das ja auch deutlich gemacht. Olaf Scholz hat die Einigung zunächst beim Migrationspaket als historisch bezeichnet. Warum es dann ein Machtwort braucht, um die Einigung wirklich rundzumachen, um die Einigung auch wirklich zu unterstützen auf europäischer Ebene, zeigt die Zerstrittenheit der Bundesregierung. Das ist kein gutes Zeichen nach Europa.

Meurer: Aber es zeigt vielleicht auch, dass man über diese Krisenverordnung diskutieren muss. Ist das eine Hintertür, durch die man gehen kann, in welchem Fall auch immer, und sich nicht an geplante, beschlossene Schutzbestimmungen halten muss?

Weber: Natürlich muss man darüber reden. Man muss über alles diskutieren. Aber wir diskutieren seit sieben Jahren in Europa, seit der großen Syrien-Krise, seitdem Millionen damals über die Balkan-Route gekommen sind. Und wir müssen die offene politische Wunde, die ungelöste Migrationsfrage, jetzt endlich schließen vor den Europawahlen. Man muss ja sehen, dass diese Einigung auf diesen Solidaritätsmechanismus 24, 25 Staaten der europäischen Union unterstützen, auch Länder wie Luxemburg und andere, die sehr liberal sind. Wenn

dann die Grünen nicht bereit sind, so einen Konsens mitzutragen, dann muss man ihnen schon vorhalten – das ist übrigens auch mein Problem im Europäischen Parlament, weil die Grünen ja dort als Fraktion tätig sind -, wenn sie das nicht mittragen, so einen breiten Konsens, dann muss ich ihnen schon absprechen, dass sie ein Stück weit Europapartei sind, weil sie breite europäische Kompromisse am Ende dann doch torpedieren. Wir brauchen jetzt bei dieser wichtigen Frage Migration Einigkeit. Wir brauchen Geschlossenheit, wir brauchen eine Lösung.

Meurer: Außenministerin Annalena Baerbock sagt, ja, diese Krisenverordnung, dann werden die anderen die Maßnahmen verschärfen mit der Folge, es kommen dann mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Ist das eine reale Gefahr?

Weber: Das ist keine reale Gefahr, weil wenn wir als Europäer jetzt endlich eine Einigung hinkriegen, vor allem ein Gesamtpaket – wir können ja nicht über Solidarität in Europa reden, wenn wir nicht gleichzeitig die Rückführung organisieren und wenn wir auch nicht das Screening, die Grenzkontrollen organisieren in Europa. Es ist ein Gesamtpaket. Das wird auch nur gelingen, wenn alle Bestandteile der Migrationsfrage miteinander gelöst werden. Wir sind jetzt fast in der Situation, wo wir sagen, wir können abschließen, und man muss sich bewusst machen, das ist ja für die Europawahlen nächstes Jahr entscheidend, wenn Europa sich einigt bei dieser Frage Migration. Wenn wir gemeinsam einen Weg finden, dann können wir den Menschen sagen, wir werden es zwar nicht generell lösen, das Problem, aber wir werden einen Mechanismus haben, Humanität und Kontrolle zusammenzubringen. Das ist die Botschaft, die wir haben für nächstes Jahr, und die kann auch helfen, Rechtsradikale, Rechtspopulismus auch in Schach zu halten.

Meurer: Sie haben gerade gesagt, wir sind jetzt fast so weit, das Ding ist jetzt fast durch. Die EU-Innenminister werden es heute beschließen, dann setzen sich wieder alle zusammen und das wird klappen Anfang des Jahres.

Weber: Das ist die Hoffnung. Ich hoffe auf den heutigen positiven Spirit, den wir aus Deutschland jetzt hören. Mir ist noch mal wichtig zu unterstreichen, dass die Europäische Union heute so vielen Flüchtlingen und Migrant*innen Obdach anbietet wie noch nie in unserer Geschichte vorher. Wir haben allein drei Millionen Ukrainer*innen jetzt auf europäischem Land und Boden. Das heißt, von einer Festung Europa zu reden, von einem Abschotten, wie es die Grünen teilweise machen, sind wir weit entfernt. Das Gegenteil ist der Fall. Das heißt, die Europäer, wir alle sind ja bereit zu helfen, wenn wirklich Krieg herrscht. Aber wir müssen an der Außengrenze die Entscheidungskraft zurückgewinnen, dass der Staat entscheidet, wer kommt, und nicht die Schlepperbanden. Das ist vor allem die Aufgabe im Mittelmeer.

Meurer: Besteht die Gefahr, dass das neue Asylsystem gar nicht so viel bringt? Sie kontrollieren an der EU-Außengrenze, stellen dann fest, der oder die darf nicht rein, aber diese Person kann dann nicht abgeschoben werden aus den gleichen Gründen, wie wir das auch in der deutschen Diskussion haben.

Weber: Wir brauchen die Partnerschaft mit den Herkunftsländern und auch die Partnerschaft mit den Nachbarn. Deswegen ist neben dem Migrationspakt, der heute legislativ, gesetzgeberisch beschlossen wird oder diskutiert wird, auch wichtig das Abkommen mit Tunesien, das im Sommer auf den Weg gebracht worden ist. 90 Prozent der Boote aktuell starten in Tunesien. Deswegen brauchen wir mit unseren Nachbarn eine Vereinbarung und das wäre meine zweite Erwartungshaltung für heute. Wenn die Innenminister sich treffen, dann erwarte ich auch von der deutschen Bundesregierung, dass sie sich klar zu diesem Tunesien-Abkommen bekennen, zu dieser Partnerschaft. Bisher haben wir da kein klares Signal aus Berlin und deswegen ja zur Partnerschaft, nur dann können wir an der Außengrenze für Ordnung sorgen.

Meurer: Sie kennen die Vorbehalte gegen Tunesien, die Berichte aus Tunesien, wie da mit Flüchtlingen umgesprungen wird. Kann man da unbedenklich ein Abkommen abschließen?

Weber: Ja was ist die Alternative, Herr Meurer, zu einer Partnerschaft? Wir können doch nicht ernsthaft nicht miteinander reden und die Nachbarn, die wir haben, können wir uns nicht aussuchen. Wir müssen mit denen arbeiten, die wir haben. Um das zu kontrollieren, um das humanitär zu gestalten, ist es doch viel besser, wenn italienische, übrigens auch deutsche Grenzbeamte mal in Tunesien sind, mit den Beamten dort reden und sagen, wie macht man das ordentlich. Diese Partnerschaft ist doch alternativlos und deswegen ja zu diesem Abkommen, ja zur Gesetzgebung. Wir können Probleme lösen. Wir haben das bei Belarus geschafft, dass dann die Zuwanderung über Polen und Litauen gestoppt worden ist. Wir haben das bei der Türkei damals unter Kontrolle bekommen. Das heißt, die Menschen müssen wissen, wenn Europa sich einig ist, können wir die Migrationsfrage klären. Wir können sie lösen, humanitär, aber auch mit der Kontrolle, aber nur, wenn wir einig sind. Deswegen ist es heute zumindest gut, dass die Bundesregierung sich einigt. Schade, dass es dafür eines Machtworts bedarf.

Meurer: In zehn Tagen gibt es Landtagswahlen bei Ihnen in Bayern – Sie sind stellvertretender CSU-Vorsitzender – und in Hessen. Man wird schwer bestreiten können, natürlich spielt das bei allen Parteien jetzt eine Rolle. Jetzt hat Friedrich Merz etwas gesagt, worauf sich alle stürzen, nämlich: Die abgelehnten Asylbewerber sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne

neu machen und die deutschen Bürger nebenan kriegen keine Termine. – Ist das okay, selbst im Wahlkampf so zu reden?

Weber: Ja. Warum sollte man im Wahlkampf anders reden wie in der normalen politischen Landschaft?

Meurer: Weil damit Stimmung gemacht wird.

Weber: Der Friedrich Merz spricht das an, was die Menschen auf der Straße sprechen. Wenn ich im Wahlkampf in Bayern unterwegs bin, sind das die Themen, die die Leute interessiert und bewegt, und deswegen muss man die Themen ansprechen. Wer will, dass wir als demokratische Parteien die Menschen wieder erreichen, die wir nicht mehr erreichen, der muss dafür sorgen, dass sie uns verstehen.

Auf der anderen Seite ist für die CDU/CSU vollkommen klar, dass wir zum Asylrecht stehen, dass wir die Humanität im Mittelpunkt stehen haben. Bayern beispielsweise hat mehr ukrainische Flüchtlinge aufgenommen als Frankreich. Insofern gibt es doch für die CDU/CSU überhaupt keine Frage, dass wir hilfsbereit sind.

Meurer: Aber, wenn Sie die Humanität betonen und dann sagen, Asylbewerber beim Zahnarzt, da ärgern sich die Deutschen drüber, ist das human?

Weber: Ja, natürlich! Human ist zunächst mal, wenn man Menschen in Not aufnimmt, und das macht Europa und auch Deutschland in ganz starker, auch großzügiger Art und Weise. Das Entscheidende ist das: Müssen die Sozialstandards so hoch sein, vor allem für abgelehnte Asylbewerber? Menschen, die eigentlich ausreisepflichtig sind, müssen die so hohe Sozialstandards haben? Auch in Deutschland gab es schon mal eine andere Lage. Damals, als wir beispielsweise die Jugoslawien-Krise zu bewältigen hatten. Als damals Krieg war in den 90er-Jahren, wurden die Flüchtlinge, die damals kamen, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingestuft und nicht mit dem Bürgergeld. Natürlich kann Deutschland entsprechend auch die Anreize reduzieren, so wie es Dänemark macht, wie es Österreich macht. Das ist eine deutsche Debatte. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn viele Menschen als Ziel Deutschland angeben, wenn die Standards so hoch sind. Insofern ist die Debatte legitim. Sie muss geführt werden, um die Anreizeffekte zu reduzieren.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*